

Amt für Wirtschaft und Liegenschaften
Hauptabteilung Wirtschaft und City-Dialog

Beleg-Ausschnitt

808040 / Frau Neubert
☎ 0611-31 33 27

Auftraggeber

670320

27.12.01

Wiesbadener Kurier
und
Wiesbadener Tagblatt

LANDESHAUPTSTADT
WIESBADEN

Öffentliche Bekanntmachung

Beschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplans „Kureck“ (Wiesbaden 1967/2) in Wiesbaden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat am 13. 12. 2001 unter Nr. 506 folgendes beschlossen:

1. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan „Kureck“ in Wiesbaden (1967/2) sowie der rechtsverbindliche Bebauungsplan „Geisbergstraße – Adolfsberg“ (1991/3) sollen in Teilen nach § 2 Baugesetzbuch geändert werden.

Der Änderungsbereich hat folgenden Geltungsbereich:

Gemarkung Wiesbaden, Flur 82, Flst. 21/4, 320/22, 311/79, 310/79, 73/9 teilweise, Flur 83 Flst 14/5, 77/13, 17/11, 20/1, 20/2 teilweise, 17/10 teilweise.

2. Im Bedarfsfall sind die folgenden planungsrechtlichen Sicherungsinstrumente des BauGB anzuwenden:

§ 14 BauGB Veränderungssperre,
§ 15 BauGB Zurückstellung von Baugesuchen.

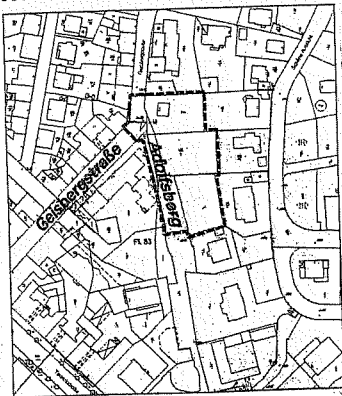
3. Die Beteiligung der Bürger an dieser Bauleitplanung soll im Rahmen einer Bürgerversammlung in Form einer öffentlichen Darlegung und Anhörung im Sinne des § 3 (1) BauGB durchgeführt werden.

4. Eine Umwelterheblichkeitsprüfung ist durchgeführt.
Weitere Untersuchungen sind demnach erforderlich.

Wiesbaden, 14. 12. 2001

Der Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden
Prof. Dr.-Ing. P. ö. s
Stadtrat

Übersichtsplan des o. g. Planungs-
bereiches
688



LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN
STADTPLANUNGSAMT

02. JAN. 2002

01	02	03	04	05	z. w. V.	z. K.
10	20	30	40	50	T.	z. d. A.

Dr. EISENFELD